

Sondernummer

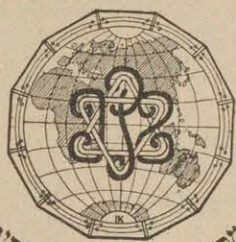
JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE:
„PRESSCENTRA ZÜRICH“

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 17

25. Februar 1919

כ"ה אדר א' תרע"ט

Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Verbände, Zürich.

(19.—25. Februar 1919.)

Donnerstag, 20. Februar 1919.

Nachdem die Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Verbände am Mittwoch, den 19. Februar 1919 abends in dem feierlichen Begrüssungsabend, über den wir bereits berichteten, eröffnet wurde, war der Donnerstag den Vorkonferenzen gewidmet. Die Delegierten gruppierten sich zu Landmannschaften, von denen jede ihren Obmann zu wählen hatte. Sämtliche Obmänner traten sodann zu einem Obmänner-Ausschuss zusammen. Eine Geschäftsordnungskommission setzte eine Geschäftsordnung für die Tagung fest und die Tagesordnung wurde durchberaten und festgesetzt.

Freitag, 21. Februar 1919.

Die Konferenz wird im Namen des Zentralkomitees der „Agudas Jisroel“ in der Schweiz mit einigen kurzen Begrüssungsworten von Dr. Lewenstein eröffnet. Der so sehr herbeigewünschte Tag ist erschienen. Möge der Geist der Thora uns einigen. Da ein Kongress derzeit unausführbar war, müssen wir uns mit einer Konferenz begnügen. Wir danken allen anwesenden Delegierten, die die Mühsale der Reise nicht scheuten und bedauern, dass 14 unserer Brüder, welche sich aus Polen auf die Reise gemacht haben, noch nicht eingetroffen sind. Redner liest den Entwurf eines Huldigungstelegrammes an den Schweizerischen Bundesrat vor, worin auch der Dank für die den Delegierten erteilte Einreisebewilligung in die Schweiz ausgesprochen wird. Der Entwurf des Telegramms wird per Acclamation angenommen.

Es wird nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Wahl des Büros, geschritten. Auf Vorschlag der Kommission werden ins Präsidium gewählt, Dr. Lewenstein (Zürich), Oberrabbiner Shapiro (Kowno), Oberrabbiner Schuster (Sokolka), Oberrabbiner Prof. M. Margulies (Florenz), Rabbiner Dr. Cohn (Basel), Rabbiner Dr. S. Breuer (Frankfurt a. M.), Rabbiner Dr. Munk (Berlin), Oberrabbiner Horowitz (Bohorodczany), Adolf Frankl (Budapest). Zu Schriftführern werden bestellt: Rabbiner Dr. Weil (Bouxwillier), Oberrabb. Tal (Utrecht), Oberrabb.

Dr. Winkler (Kopenhagen), Oberrabb. Dr. Sacerdoti (Rom), Akiba Schreiber (Sereth).

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Thora und zeitgenössische Judenheit“ erstattet Herr Oberrabbiner Shapiro (Kowno) das Referat. Es ist bezeichnend für die Konferenz und für den ganzen Geist der Orthodoxie, dass die Konferenz mit der Frage der Thora anfängt. Unsere Arbeit kann nur darauf gebaut sein, dass bei den Juden der Limud Thauro stark bleibt. Dann können auch alle andern Arbeiten gedeihen. Es kann auch einer seinem Volke treu sein, ohne dass er Thauro gelernt hat, aber es kann niemand Thauro gelernt haben und trotzdem seinem Volke nicht treu sein. Referent schildert die Verheerungen die der unglückselige Krieg in den litauischen Jeschiwaus angerichtet hat. Die meisten Institutionen mussten ihre Wohnsitze verlassen und konnten sich nur zum Teil an andern Orten ansiedeln. Dies hat allerdings auch etwas gutes an sich gehabt insofern, als an Orten, wo bisher wenig gelernt wurde und wo auch das jüdisch-religiöse Leben arg vernachlässigt war, wieder regeres Leben und Sinn für Limud angeregt wurde. Wenn Redner von Jeschiwaus spricht, meint er implicite das ganze jüdische Schulwesen, denn noch viel schlimmer als Jeschiwaus ist es den Chedorim ergangen. Gibt es doch auch jetzt noch Orte, wo kein einziger Cheder besteht, Orte, in denen früher 20 bis 30 Chedorim an Ueberfülle zu leiden hatten. Wenn sich manche Institutionen in dieser schweren Zeit noch haben erhalten können, so gebühre der Dank dafür zum grossen Teile der „Agudas Jisroel“ in Deutschland, die Mühe und Kosten nicht sparte, um was nur möglich war dafür zu tun. Zum weiteren Bestehen der Jeschiwaus sei vor allem ein grosser Geldbetrag notwendig und zum Teil auch bereits von russischen Juden zugesichert. Was die Rabbinate Schulen im Westen betrifft, so erlaubt sich Redner den deutschen Lehranstalten zur Erwägung zu bringen, ob es nicht besser wäre, ebenso wie in Litauen hauptsächlich auf die Quantität des zu verarbeitenden Stoffes zu achten, wenn auch dabei die Qualität, d. h. das tiefere Eindringen in den Geist der Materie wie auch in die richtige Art des Lernens, etwas leiden würde.

In der Diskussion bemerkt Rabbiner Dr. *Breuer* (Frankfurt a./M.), dass seiner Meinung nach gerade im Westen, wo die Leute nicht soviel Zeit zum Lernen haben wie die Juden im Osten, es sich hauptsächlich darum handelt, den Sinn und die Liebe für das Lernen zu erwecken. Man müsse gerade deshalb möglichst tief in dem zu verarbeitenden Stoffe schürfen, um den rechten Sinn und Vorliebe für weiteres Lernen zu erwecken, da sonst Gefahr drohe, dass man nach Verlassen der Lehrstätten wenig Vergnügen am weiteren Lernen haben könnte, was zweifellos zur Vernachlässigung des Lernens führen würde.

Frankl (Budapest) schildert die Lage der ungarischen Jeschiwas und die Gefahr, die die Abtrennung der bedeutendsten ungarischen Jeschiwas Pressburg und Hunsdorf von Ungarn für das Thorastudium bedeutet. Spez. England und Amerika sollten dies zu würdigen wissen, da doch ihre meisten Rabbiner Zöglinge genannter Jeschiwas sind. Er appelliert in einer hebräischen Ansprache ganz besonders an die hier anwesenden Vertreter der Entente-Juden, sie möchten ihren Einfluss gegen die Loslösung dieser Jeschiwas einsetzen.

Herr *Botschko*, (Basel) bemerkt, dass nach einem Gedichte von Bialik man das echte Judentum in Beth Hamidrasch finde. Das ist das schönste Zeugnis, das den Jeschiwoth selbst von zionistischer Seite ausgestellt wird. Er betont weiter, dass wir die Thora nicht als reine Gesetzesreligion betrachten sollen, sondern als die Seele und den lebendigen Geist des jüdischen Volkes. Es ist daher jeder Jude, der auch nur einen Teil dieser Seele, eine Spur dieses Geistes hat, deutlicher gesagt, nur einen Teil der Mizwos erfüllt, immerhin berechtigt, als Jude betrachtet zu werden und dem Klal Jisroel anzugehören.

Pines (Minsk) bemerkt, dass wir nicht nachsehen müssen, ob jemand dreimal täglich in die Synagoge geht, sondern nur, dass er lerne. Es heisst, hewuh messuin badin; wir sollen nicht schlecht urteilen, über denjenigen, der nicht alles in der Totalität erfüllt. Beim Bau des Landes sollen wir das Fundament aus der Thora machen. Er schlägt vor, überall Jeschiwas zu machen, aber vor allem eine Jeschiwoh Gedaulo in Erez Jisroel. Der Vorsitzende Dr. Lewenstein bemerkt, dass dieser Punkt nicht auf der heutigen Tagesordnung steht und später behandelt werden wird.

Folgende Resolution wird dann einstimmig angenommen:

Resolution zu „Thora und zeitgenössische Judenheit“.

Die Weltkonferenz der jüdisch orthodoxen Organisationen erklärt, dass die Erhaltung und Wiederbelebung des Thorastudiums im ganzen Volke, die Wiederherstellung der im Kriege zerstörten Thorastätten (Jeschiwas) und Lehrhäuser und die Organisation eines vom Thora-geiste getragenen Jugendbildungswesens Vorbedingung für die Existenz der jüdischen Gesamtheit ist.

Die Konferenz beschliesst mit den führenden Instanzen der Judenheit aller Länder, insbesondere der

amerikanischen und russischen, wegen Errichtung eines grossen Zentralfonds für Jeschiwas und Talmud Thora in Verbindung zu treten und über dessen Organisation und Verwaltung unter Mitwirkung der führenden Rabbinen des Ostens Vereinbarung zu treffen.

Samstag, den 22. Februar 1919.

Nach den vorangegangenen Tagen angestrenzter Arbeit sollte für die Delegierten der Sabbath ein wirklicher „Sabbath Menucho“ sein. Von besonderen Veranstaltungen war daher abgesehen worden. Nach dem Minchagottesdienst hielt Herr Oberrabbiner *Schuster* (Sokolka) in der Synagoge der hiesigen Religionsgesellschaft eine mehr als einstündige Droscho, welche von dem hervorragenden Wissen des Redners Zeugnis ablegte.

Nach Sabbathausgang fanden noch Kommissionsberatungen statt.

Sonntag, den 23. Februar 1919.

In der Vormittagssitzung wird Punkt 4 der Tagesordnung, „Palästinaarbeit“ behandelt.

Zur Frage der wirtschaftlichen Aufgaben in Palästina erstattet Herr *M. A. Loeb* (Berlin) das Referat. Zur Besiedelung gehören drei Faktoren: bereitgestelltes Land, taugliche Menschen, genügendes Kapital. Es darf uns nicht abschrecken, dass von diesen drei Faktoren vorläufig kein einziger vorhanden ist. Bei der Fülle der Elemente, die zur Einwanderung drängen, wird es immerhin möglich sein eine Auslese zu halten. Zunächst ist es aber notwendig sich mit den andern Organisationen über das Bodenrecht zu verständigen. Das altjüdische Bodenrecht muss in einer den Verhältnissen angepassten Form seine Auferstehung finden. Jeder spekulative Erwerb von Grund und Boden muss ausgeschlossen werden. Redner bespricht im einzelnen die Einführung der Erbpacht, des Heimstättenrechtes, der Einführung einer Verschuldungsgrenze, der ausschliesslichen Gestattung von Amortisations-Hypotheken, des Anerbenrechtes usw. Besondere Schwierigkeiten wird die Arbeiterfrage machen. Es dürfen nicht wie bisher zumeist arabische Arbeiter das Aufkommen jüdischer Arbeiter durch ihre billigeren Löhne verhindern. Die Arbeiten sollen soweit möglich Genossenschaften übertragen werden, bei denen unter Führung landwirtschaftlich geschulter Vorarbeiter auch ungelernte Arbeiter verwendet werden können. Aus den Reihen dieser Arbeiter werden sich im Laufe der Zeit mit Hilfe der erschaffenen Kreditinstitute auch die künftigen Ansiedler entwickeln. Daneben muss auf die Heranziehung und Heranbildung landwirtschaftlich geschulter Kräfte durch Lehrfarmen, Landwirtschaftsschulen usw. in und ausserhalb Erez Jisroel, Gelegenheit geboten werden. Insbesondere gilt dies auch für die Heranziehung weiblicher Kräfte, der zukünftigen jüdischen Bäuerinnen, deren Tüchtigkeit in vielen Fällen für das Gedeihen der Einzelwirtschaft ausschlaggebend ist.

Bezüglich der Industrie ist das Hauptaugenmerk auf solche Produkte zu lenken, die wenig Kohle und wenig Rohmaterial bedürfen und hochwertige Produkte liefern. Veranlassung dazu gibt der Umstand, dass Kohlen vor-

läufig vollkommen fehlen und dass die „weisse Kohle“ (Wasserkraft) nur in mässigem Umfang zur Verfügung stehen wird. (Zwischenrufe: „Kohle ist genug vorhanden, muss nur erschlossen werden.“) Die geeigneten Industrien sollen durch die geplante Bank entsprechende Förderung finden. Der Handel bedarf einer Förderung am wenigsten, da wir als Handelsvolk, wie wir es durch die Entwicklung in der Diaspora geworden sind, diesen Zweig sowie den Import- und Export-Handel auch nach Palästina tragen werden.

Bei der Auslese der Einwanderer nach Palästina muss die Orthodoxen-Organisation durch eigene Vertrauensmänner vertreten sein. Referent empfiehlt die Annahme folgender Leitsätze:

1. Alle Kräfte sind dafür einzusetzen, dass die thoratreuen Kreise in einem etwa sich bildenden Zentraleinwanderungsamt nebst allen mit ihm verbundenen Zweiganstalten in den Einwanderungsländern durch Vertrauensmänner hinreichend vertreten sind.

2. Der Erwerb von Grund und Boden darf prinzipiell einer Beschränkung und Bevorzugung nicht unterliegen. Erwerb zu spekulativen Zwecken soll von vornherein vermieden und vorgebeugt werden. Aufgabe einer frühzeitig einsetzenden Grund- und Bodengesetzgebung ist es, jeden Missbrauch des Bodenbesitzes auszuschliessen. Daher ist zu fordern: Verhinderung jeder Latifundienbildung, Einführung einer Verschuldungsgrenze, Begünstigung von amortisablen Hypotheken in Verbindung mit Lebensversicherung, Anerbenrecht, gesetzliche Genossenschaften.

3. Die Ansetzung von landwirtschaftlichen Einwanderern ist vorzugsweise in geschlossenen, nicht zu grossen Siedlungen zu erfolgen. Für die Bewirtschaftung und Verwertung von Produkten ist die Genossenschaftsform zu bevorzugen.

4. Für die Jugend muss Gelegenheit zur landwirtschaftlichen Ausbildung durch Fachschulen, Lehrfarmen, usw. beschafft werden.

5. Bei Heranziehung der Industrie sind die industrielle Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und jene Zweige zu bevorzugen, die bei geringem Verbrauch an Rohmaterialien und Kohle hochwertige Produkte liefern.

6. Die Konferenz beschliesst die Bildung eines Studienausschusses, bestehend aus Landwirten, Kaufleuten, Industriellen, Aerzten und Volkswirtschaftlern zur Prüfung der Ansiedlungsverhältnisse in Palästina. Der Ausschuss hat seine Tätigkeit in Palästina aufzunehmen, sobald die politischen Verhältnisse es gestatten.

Hollander (Kopenhagen) referiert über die geplante Bankgründung. Durch unsere reichen Spenden ermöglichen wir Orthodoxen, dass Juden sich heute noch in Palästina befinden. Aber auch dem neuen Jischuw wendete die Orthodoxie ihr Augenmerk zu. Ein Muster dafür bietet die Kolonie Pethach Tikwah. Der Redner schlägt die Schaffung einer Zentralstelle für Palästinaarbeit, an die ein Informationsbüro, wie auch Studien-

kommissionen angegliedert werden sollen, vor. Grosse Gelder müssen aufgebracht werden, und keine Sammlungsart ist zu verschmähen beim Aufbringen dieser Gelder. Es muss auch ein Finanzinstrument, *eine Bank* geschaffen werden und die Gründeranteile von den Gesinnungsgenossen gezeichnet werden, damit die Leitung dieser Bank in ihren Händen bleibt. Die Aufgaben der Bank sind:

a. Handelsgeschäfte in, nach und von Palästina sowie den angrenzenden Ländern zu fördern. Zu diesem Zwecke gewährt sie Kredite und gibt Vorschüsse; sie beteiligt sich an ähnlichen Unternehmungen und hat das Recht, Tochtergesellschaften ins Leben zu rufen.

b. Die jüdische Siedlung in Palästina zu heben. Die Gesellschaft hat das Recht, Ländereien zu kaufen, vorzubereiten und zu parzellieren, Landankäufe zu vermitteln, gesicherte Darlehen an Kolonisten zu gewähren und alle zur wirtschaftlichen Erschliessung des Landes dienenden Unternehmungen zu unterstützen.

Die Gewährung von langfristigen Darlehen dieser Abteilung erfolgt auf Grund von ihr auszugebenden Pfandbriefen. Die Pfandbriefe können bis zur zehnfachen Höhe der auf die Siedlungsabteilung entfallenden Hälfte des eingezahlten Aktienkapitals ausgegeben werden.

Wie die Verhältnisse heute liegen, muss der Sitz dieser Bank London sein, während in Palästina Filialen arbeiten.

Folgende Leitsätze werden zur Annahme empfohlen:

1. Die Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Verbände in Zürich beschliesst die Gründung einer *Jüdischen Handels- und Siedlungsbank* mit dem Hauptsitze in London unter gleichzeitiger Errichtung einer Filiale in Palästina. Die Weltkonferenz hat den festen Willen durch kraftvolle Propaganda der ihr angeschlossenen Verbände in den kommenden Monaten die notwendigen Mittel aufzubringen, damit die Bank ihre Tätigkeit auf finanziell gesicherter Grundlage beginnen kann.

2. Die Weltkonferenz der jüdischen orthodoxen Verbände in Zürich erkennt die zwingende Notwendigkeit der Begründung einer „Zentralstelle für die Palästinaarbeit“ an. Ein derartiges Palästinaamt hat unter anderen die wichtigen Aufgaben ein Informationsbureau zu errichten, eine Studienkommission zu entsenden und die Emigration vorzubereiten.

Jakobson (Zürich) berichtet Namens der Schweizerischen Jugendgruppe „Agudas Jisroel“, dass diese die Gründung einer Kolonie in Palästina beschlossen habe, für die bereits in der Schweiz grössere Beträge aufgebracht worden sind. (Im Laufe der weiteren Debatten wird die Zeichnung grösserer Beträge, die ausserhalb der Schweiz stattgefunden haben, so z. B. zeichnete ein Herr in Kopenhagen telegrafisch 50 000 dänische Kronen, mitgeteilt, was von der Versammlung mit grossem Beifall entgegengenommen wird.) Diese Kolonie soll zu Ehren des grossen Führers der „Agudas Jisroel“ des Herrn Jakob Rosenheim, Frankfurt, den Namen „Jakob Rosenheim-Kolonie“ — Gan Schauschanas Jakauw — führen.

Dr. med. *Hofmann* (Berlin) spricht über die hygienischen Aufgaben in Palästina. Erschildert die bisherigen schlechten Zustände an Hand statistischer Tabellen und weist nach, wie in den meisten Fällen die Kranken ausschliesslich auf Behandlung durch den Feldscher und Apotheker angewiesen sind. Bezüglich der Sanierung des Landes ist von seiten der britischen Regierung bereits Hervorragendes geleistet worden. Er schlägt die Gründung eines jüdischen allgemeinen Gesundheitsamtes vor und empfiehlt folgende Leitsätze zur Annahme:

Bei der Besiedlung Palästinas ist die grösste Aufmerksamkeit auf die Gesundheitsverhältnisse des zu besiedelnden Bodens und der Bevölklerung zu richten. Die Konferenz befürwortet demgemäss die Gründung eines besonderen jüdischen Gesundheitsamtes für Palästina, das im Einvernehmen und in Verbindung mit den schon in Palästina bestehenden medizinischen Behörden und Instituten arbeiten soll. Insbesondere liegt ihm das Studium der sanitären Verhältnisse des Landes und die Ausarbeitung eines Gesundheitsgesetzes in den jüdischen Siedlungen ob. Bei der zu gründenden Zentralstelle für Palästina sind in die Studienkommission auch Aerzte und Hygieniker zu entsenden.

In der weiteren Diskussion beteiligten sich die Herren *Grünbaum* (Nürnberg), Rabbiner *Gross* (Jerusalem), der mehrere Filialen der Bank in Palästina wünscht und den Namen „Siedlungs- und Handelsbank“ statt „Handelsbank und Siedlungsbank“ vorschlägt, *Max Cohen* (Köln) der Namens der Jugend erklärt, dass diese national sei und unbedingt einen neuen Jischuw will, *Eisemann* (Zürich), der diesen Tag, da die thora-treue Judenheit grosszügig die Palästinaarbeit in Angriff nimmt, als einen längst ersehnten Tag begrüsst, Rabbiner Dr. *Breuer* (Aschaffenburg), dem, als er einen beleidigenden Ausdruck gegenüber den Zionisten gebraucht, vom Vorsitzenden das Wort entzogen wird, *Ehrmann* (Frankfurt a./M.) Nationalrat Dr. *Lieben* (Prag) der berichtet, dass die Orthodoxie in Prag nur gute Erfahrungen beim Zusammengehen mit den Zionisten gemacht hat und warm ein wirtschaftliches Zusammengehen mit den Zionisten empfiehlt, wie auch verlangt, dass das Informationsbüro zusammen mit den Zionisten gegründet werde. Oberrabbiner *Fuchs* (Grosswardein) erklärt, dass, wenn auch die Orthodoxie Ungarns keinen Anschluss weder

an die Zionisten, noch an die Misrachisten wünscht, er Namens der Orthodoxen seines Ortes erklären kann, dass ein gelegentliches Zusammenarbeiten mit anderen Organisationen möglich sei. An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Herren Rabbiner *Rottenberg* (Schweningen), Rabbiner Dr. *Pinchas Kohn* (Ansbach) der meint, dass die ganze Sache eine Frage des Selbstvertrauens ist und dass wir keine Religionspässe ausstellen wollen und können und *Rosenheim* (Frankfurt) der erklärt, dass die Orthodoxie die ihr angemessene Vertretung verlange, um nicht benachteiligt zu werden. *Niemand darf ausgeschlossen werden.* Wenn einer auch Anfangs nicht orthodox ist, so ist doch oft Tschuwo zu erhoffen. Wenn hier chuz Leorez Tschuwo möglich sei, umsomehr erst in Erez Jisroel.

Nach dem Schlussworte der Referenten *Loeb* und *Hollander* werden die Leitsätze einstimmig angenommen.

Hier wird die Vormittagssitzung abgebrochen.

Tagesordnung der Konferenz.

Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Konservatoriums, Florhofgasse: Begrüssung der Delegierten.

Donnerstag, den 20. Februar, 9 Uhr früh: Vorkonferenzen, Landmannschafts- und Kommissionssitzungen.

Freitag, den 21. Februar, 9 Uhr früh: 1. Eröffnung; 2. Wahl des Büros und von Ausschüssen; 3. Thaur und zeitgenössische Judenheit.

Samstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: Kommissionssitzungen.

Sonntag, den 23. Februar, 9 Uhr früh: 1. Palästinaarbeit. a) Die wirtschaftlichen Aufgaben in Palästina; b) Die religiös-kulturellen Aufgaben in Palästina und ihre Ausführung; c) Die Organisation der Palästina-Arbeit in der Diaspora; d) Die innere Verfassung der jüdischen Siedlung in Palästina.

Montag, den 24. Februar, 9 Uhr früh: 5. Die Vertretung der thora-treuen Judenheit auf dem Friedenskongress; 6. Die Organisation der gesetzestreuen Judenheit.

Dienstag, den 25. Februar, 9 Uhr früh: 7. Die Rechtsstellung der Juden in der Diaspora.

